

Ein Appell für ein respektvolles Miteinander im Gemeinderat

Liebe Ollersdorferinnen, liebe Ollersdorfer!

Als Vizebürgermeisterin von Ollersdorf, gemeinsam mit dem engagierten Team der SPÖ-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte, habe ich mich dem Wohl unserer Gemeinde und aller ihrer Bewohnerinnen und Bewohner verschrieben. Unser Ziel ist es, im Sinne des Gemeinwohls zu handeln, wobei wir uns dafür einsetzen, dass gleiche Bedingungen für alle geschaffen werden. Keine Person sollte aufgrund ihrer politischen Zugehörigkeit bevorzugt oder benachteiligt werden.

Seit meinem Amtsantritt hat sich vieles verändert, das stimmt! Eine Entwicklung, die aber nicht nur meiner Initiative zu verdanken ist, sondern vor allem auch einem, seit der letzten Wahl, starken und kompetenten SPÖ Gemeinderatsteam.

Jahrelang agierte der Bürgermeister weitgehend unbehelligt, ohne ernsthafte Kontrolle oder signifikanten Widerspruch zu fürchten. Heute steht er einer kraftvollen Opposition gegenüber, die nicht nur aktiv mitarbeitet und kritische Fragen stellt, sondern auch konstruktiv Fehler aufdeckt. Dies mag für jemanden, der nach absoluter Macht strebt, wie Bernd Strobl, unbequem sein. Für eine lebendige und funktionierende Demokratie ist es jedoch unerlässlich. Offenbar setzt ihn diese neue Dynamik unter Druck, und seine Reaktionen darauf sind mittlerweile vorhersehbar und oft überzogen.

Dass Bernd Strobl seinen Wahlkampf für den Landtag begonnen hat, ist unbestritten. Jedoch ist das keinesfalls ein Freibrief für Angriffe gegen mich und die SPÖ-Gemeinderäte und -Gemeinderätinnen. Das werden wir nicht akzeptieren!

Unsere Gemeinschaft verdient eine Politik, die von Respekt und dem ehrlichen Bestreben nach dem besten Weg für Ollersdorf geprägt ist. Das ist unser Stil, den wir auch konsequent weiterverfolgen werden.

Ihre Vizebürgermeisterin Tanja Illedits
& das SPÖ-Gemeinderatsteam

Mit den Anschuldigungen in der letzten ÖVP-Rundschau, wo ich bzw. die SPÖ Gemeinderäte sogar als Lügner hingestellt werden, hat die ÖVP mit Bernd Strobl an der Spitze definitiv eine Grenze überschritten, bei der es schwerfällt, zur Tagesordnung überzugehen.

Ich bzw. die SPÖ-Gemeinderäte werden uns aber trotzdem nicht auf das Niveau der ÖVP herablassen und mittels Postwurfsendung den politischen Mitbewerber schlecht machen!

Wir werden Ihnen auch weiterhin mit unseren Gemeinderats-News sachliche Informationen zum Geschehen in unserer Gemeinde liefern.

Transparenz und Offenheit: Es ist unser Anspruch, Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern von Ollersdorf, stets transparent und offen gegenüberzutreten. Daher möchten wir die Vorwürfe, die uns betreffen, klar und deutlich ansprechen.

Konstruktive Politik: Die SPÖ Ollersdorf verpflichtet sich, auch weiterhin eine Politik zu verfolgen, die sich auf die Lösung von Problemen und die Verbesserung der Lebensqualität in unserer Gemeinde konzentriert. Wir glauben, dass politische Auseinandersetzungen auf der Grundlage von Fakten und in einem respektvollen Rahmen geführt werden sollten.

Dialog und Beteiligung: Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich aktiv in die Gestaltung unserer Gemeinde einzubringen. Ihre Meinungen und Vorschläge sind uns wichtig. Sollten Sie Fragen haben oder weitere Informationen wünschen, stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Ich möchte betonen, dass es in der Politik nicht darum gehen sollte, Mitbewerber auf persönlicher Ebene anzugreifen, sondern darum, im besten Interesse der Gemeinschaft zu arbeiten. Die SPÖ Ollersdorf bleibt ihrem Prinzip der Sachlichkeit treu und setzt sich weiterhin mit vollem Einsatz für die Belange und das Wohl aller Einwohnerinnen und Einwohner ein.

Die Anschuldigungen der letzten ÖVP-Rundschau will ich aber trotzdem nicht unkommentiert im Raum stehen lassen und lade Sie daher ein, die nachstehenden Informationen zu lesen und sich selbst ein Bild von der Situation zu machen.

ÖVP Rundschau Februar 2024 – Klarstellung

Kirchturmsanierung – Wichtige Information bleibt in der ÖVP-Rundschau unerwähnt!

Fakt ist, dass die BH Güssing entschieden hat, dass die ÖVP den Antrag vom September 2022, in dem sie die Sanierung des Kirchturms von der Entschuldigung eines Pfarrgemeinderates abhängig gemacht hat, zurückziehen musste.

Fakt ist auch, dass Amtmann Bernd Strobl nicht in der Lage war, bis zur Sitzung des Gemeindevorstandes am 14. Dezember 2023 einen Budgetentwurf zu erstellen. Somit lag in der Sitzung noch kein Budgetentwurf vor, dieser wurde mir erst drei Tage nach der Sitzung, d.h. am Montag, den 18.12.2023, mittels Post zugestellt.

Und selbst wenn die SPÖ die Sanierung des Kirchturms im heurigen Jahr gefordert hätte, wäre dafür kein Budget zur Verfügung gestellt worden. Nachdem die GR-Wahl geschlagen ist, hat der Bürgermeister nämlich kein Interesse mehr, den Kirchturm zu sanieren. Er stellt nämlich auch in dieser Sache seine persönlichen Befindlichkeiten vor das Gemeinwohl!

Protokollführung bei den GR-Sitzungen

Zur Information: Ein Protokoll wird verfasst, um das in einer Sitzung Gesagte, d. h. den gesamten Sitzungsverlauf, jederzeit nachvollziehen zu können. Genau das habe ich stets gefordert.

Die bisherige Protokollführerin, Esther Fencz, wäre in ihrer Tätigkeit als gewählte Schriftführerin laut Gemeindeordnung (GemO) beim Verfassen von Protokollen grundsätzlich unabhängig. Zu Diskussionen zwischen Esther Fencz und mir kam es eigentlich nur, weil sie nur das niederschreiben durfte, was der Bürgermeister zuließ. Sie hat ihr Amt auch nur deshalb niedergelegt, weil sie – durch die ständige Beeinflussung der Protokollführung durch den Bürgermeister – immer zwischen dem Bürgermeister und mir gestanden ist.

Der Höhepunkt dieser Diskussionen war letztendlich die GR-Sitzung vom 10. November 2022. Bei dieser Sitzung wurde über die Beförderung von Bernd Strobl als Amtmann in die höchste Dienstklasse entschieden. Nachdem Bernd Strobl aus Befangenheitsgründen die Sitzung nicht leiten durfte, habe ich als Vizebürgermeisterin den Vorsitz übernommen. Und obwohl der Bürgermeister bei dieser Sitzung nicht einmal anwesend war, bestimmte er trotzdem, was Esther Fencz zu protokollieren hatte.

Zur Protokollführung bleibt festzuhalten: In allen Gemeinden führen Gemeindebedienstete das Protokoll der GR-Sitzungen. So war es bisher auch in Ollersdorf. Warum sollte also ich als Vizebürgermeisterin – nachdem mir sogar ein geforderter Arbeitsplatz in der Gemeinde verwehrt wurde – die Protokollführung übernehmen, wenn in unserem Gemeindeamt einer der bestbezahlten Amtmänner des Burgenlandes sitzt?

Grundankauf Franz-Csar-Gasse

Auch wenn die Gemeinde die Grundstücke erst noch von den bisherigen Eigentümern erwerben wird, steht bereits fest, dass sich die Eigentumsverhältnisse auf dieser Fläche in Kürze ändern werden. Unserer Zustimmung lag dieses Mal eine veränderte Sachlage zugrunde: Die Gemeinde wird nicht drei, sondern nur zwei Bauplätze erwerben. Auf dem verbleibenden dritten Bauplatz wird eine einheimische Jungfamilie (und nicht fremde Personen) ein Haus errichten.

Gehälter des Amtmannes und Bürgermeisters

Leider ist es im Burgenland noch immer möglich, dass jemand gleichzeitig die Rollen des Bürgermeisters und des Amtmanns innehat. Wenn diese Person darüber hinaus weitere Funktionen ausübt, beispielsweise in der ÖVP-Bezirksorganisation oder im Schiedsrichterwesen tätig ist, überrascht es kaum, dass sie in ihrer Funktion als Amtmann für die Bevölkerung von Ollersdorf während der üblichen Amtszeiten oft nicht erreichbar ist. Dieses Problem wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass häufig selbst auf telefonische Rückrufbitten nicht reagiert wird.

Es geht hierbei nicht um Neid, sondern um die Tatsache, dass unser Amtmann für eine 40-Stunden-Woche bezahlt wird, diese Arbeitszeit jedoch während der Amtszeiten faktisch nicht erbringt. Als Lösung wurde vor einigen Jahren ein zusätzlicher Mitarbeiter eingestellt, der einen Großteil der Aufgaben des Amtmanns übernimmt. Dieser Umstand führt natürlich zu erhöhten Verwaltungskosten. Ein Vergleich zeigt, dass die Verwaltungskosten pro Einwohner in Ollersdorf etwa doppelt so hoch sind wie in den benachbarten Gemeinden Olbendorf, Stegersbach oder Stinatz.

Flächenwidmungsverfahren – Informationen bleiben in der ÖVP-Rundschau unerwähnt!

Die SPÖ-GemeinderätInnen nehmen ihre Verantwortung ernst und bereiten sich daher sorgfältig auf die einzelnen Tagesordnungspunkte vor. Im Falle des Flächenwidmungsplans war dies jedoch nicht möglich, da selbst einen Tag vor der Gemeinderatssitzung noch Unterlagen fehlten – ein klarer Verstoß gegen die burgenländische Gemeindeordnung, die vorschreibt, dass alle Unterlagen spätestens 8 Tage vor jeder Sitzung zur Einsicht bereitliegen müssen.

Ohne vollständige Kenntnis der Sachlage ist eine fundierte Abstimmung unmöglich, weswegen wir gegen diesen Punkt gestimmt haben.

Im Fall eines SPÖ-Gemeinderates gibt es mehrere Schriftstücke, in denen Bürgermeister und Amtmann Strobl die vollständige Umwidmung des Grundstücks zugesichert hatte.

Aufgrund der nicht vollständigen Umwidmung in Bauland muss der Eigentümer sein Haus nun anders positionieren, was die Kosten für die Zufahrtsstraße um zig-tausend Euro erhöht. Stellen Sie sich vor, Sie wären davon betroffen – wie würden Sie reagieren?

Dass ein Mitglied des ÖVP-Gemeinderates eine Umwidmung wegen einer „irrtümlichen“ Bebauung eines nicht als Bauland gewidmeten Grundstücks mit den Stimmen der ÖVP-Gemeinderäte erhalten hat, hat Bernd Strobl in der ÖVP-Rundschau offensichtlich vergessen zu erwähnen.

Kassenkredit

Bei einem eventuellen Kredit in der Höhe von € 340.000 keine Vergleichsangebote einzuholen, lässt entweder auf fehlenden wirtschaftlichen Sachverstand schließen oder aber zeigt, dass man sich gar nicht bewusst ist, dass man mit öffentlichen Geldern sparsam umzugehen hat.

Kurios ist allerdings die Argumentation von Bürgermeister und Amtmann Strobl hinsichtlich der doppelten Kontoführungsgebühr. Vor allem, wenn man bedenkt, dass die Marktgemeinde für ihre Leasing- und variablen Kreditverbindlichkeiten aktuell knapp 8% bezahlt!

Rechnungsabschluss und Gemeindefinanzstatistik

Bürgermeister und Amtmann Strobl wirft der SPÖ einen „Äpfel-mit-Birnen-Vergleich“ vor und beruft sich auf eine unabhängige Steuerberatungskanzlei, die laut ÖVP-Rundschau einen österreichweiten Vergleich durchgeführt hat.

Es scheint, als würde man damit bewusst versuchen, die negativen Finanzkennzahlen Ollersdorfs zu verschleiern. Tatsächlich hat Ollersdorf im Jahr 2022 einen Verlust verzeichnet und liegt in allen präsentierten Finanzkennzahlen unter dem Durchschnitt des Bezirks Güssing.

Aus unserer Perspektive ist ein Vergleich mit den umliegenden Gemeinden oder innerhalb des Bezirks Güssing aussagekräftiger als ein österreichweiter Vergleich. Die von der SPÖ in den Gemeinderatsnews präsentierten Zahlen basieren auf einer offiziellen und nachweisbaren Quelle. Den von der erwähnten Steuerberatungskanzlei vorgestellten Rankings für Ollersdorf fehlen jedoch jegliche Angaben darüber, auf welcher Basis diese Berechnungen erfolgten. Ist das die Art von Seriosität, die wir erwarten können?

Wenn die Zahlen angeblich österreichweit so positiv sind, warum ist die ÖVP dann weiterhin nicht bereit, diese zu veröffentlichen? Das steht in krassem Widerspruch zu der Transparenz, die Bürgermeister und Amtmann Strobl immer wieder betont. Bitte bilden Sie sich Ihre eigene Meinung dazu.

Leasingvertrag Mülleimer

In Bezug auf die fünf Mülleimer ist es wichtig zu erwähnen, dass Bürgermeister und Amtmann Strobl auf die Frage von Gemeinderat Potzmann in der Sitzung vom Dezember 2022, warum die Leasingoption um mehr als 4.000 Euro teurer sei als ein direkter Kauf, mit der Begründung antwortete, dies läge an der Versicherung der Mülleimer.

Diese Aussage entsprach jedoch nicht den Tatsachen. In der Sitzung des Prüfungsausschusses am 17. Oktober 2023 stellte der Ausschuss fest, dass der Leasingvertrag mit der Raiffeisenbank überhaupt keine Versicherung beinhaltet. Der wahre Grund für die hohen Leasingkosten war eine variable Zinsvereinbarung basierend auf dem 3-Monats-Euribor zuzüglich eines Aufschlags von 3,75 %, die derzeit knapp unter 8 % liegt.

Zudem wird in der ÖVP-Rundschau lediglich ein Betrag von 40,36 Euro für eine sogenannte Mobilienversicherung erwähnt, die offenbar zusätzlich zum Raiffeisen-Leasingvertrag abgeschlossen wurde.

Impressum

Fakt ist, dass die BH Güssing ein Verwaltungsstrafverfahren von Amtswegen nur eingeleitet hat, weil der Bürgermeister, vertreten durch einen Anwalt, an die BH Güssing eine Meldung gemacht hat.